

## Niederschrift

**Gremium:** Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung  
**Sitzungs-Nr.:** 17 / Wahlperiode 2001/2006  
**Sitzung am:** 31.01.2005  
**Ort:** Bremerhaven, Heinrich-Brauns-Str. 9  
**Beginn:** 14.00 Uhr **Ende:** 17.20 Uhr

<b>Behandelte Tagesordnungspunkte:</b>		<b>Seite:</b>
1	Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit	3
1.1	Erweiterung der Tagesordnung	3
2	Genehmigung der Niederschrift über die sechzehnte öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung am 07.12.2004	3
3	Angebote für behinderte Menschen aus dem Landkreis Cuxhaven; hier: Eingliederungshilfen durch die Elbe-Weser-Werkstätten gGmbH, Bremerhaven Vorstellung der Einrichtung und Besichtigung einiger Werkstätten <b>Sitzungsvorlage Nr. 24/2005</b>	3
4	Besetzung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten beim Landkreis Cuxhaven	3
5	Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages gemäß §§ 53 ff. SGB X über die Gründung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft gemäß § 44 b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) <b>Sitzungsvorlage Nr. 25/2005</b>	4
6	Erste Zahlen über die vom SGB II betroffenen Bedarfsgemeinschaften im Landkreis Cuxhaven	7
7	Mitteilungen und Anfragen	7
8	Einwohnerfragestunde	7

Anwesend waren:

Kreistagsabgeordnete Frau Faße, Langen, Vorsitzende  
Kreistagsabgeordneter Ahrens, Bramstedt  
für die verhinderte Abg. Frau Rischbieter, Cuxhaven  
Kreistagsabgeordneter Berghorn, Langen  
Kreistagsabgeordnete Frau Böckenkamp, Otterndorf  
Kreistagsabgeordneter Demuth, Cuxhaven  
Kreistagsabgeordneter Martens, Neuhaus (Oste)  
Kreistagsabgeordneter Peters, Langen  
Kreistagsabgeordneter Schütt, Cuxhaven  
Kreistagsabgeordneter Tobias, Langen  
für die verhinderte Abg. Frau Spiess, Cuxhaven  
Kreistagsabgeordneter Steinau, Nordholz

Grundmandatsinhaber:

Kreistagsabgeordnete Frau Tecker, Schiffdorf  
Kreistagsabgeordneter Dr. Jahn, Cuxhaven

Als hinzuberufene beratende Mitglieder:

Frau Tanja Dock, Norderteiler Weg 11, 21762 Otterndorf  
Frau Christel Hohmann, Stader Str. 77, 21762 Otterndorf

Von der Verwaltung:

Kreisrätin Jahns  
Frauenbeauftragte Frau Mahler  
Kreisangestellter Minnermann  
Kreisangestellter Otremba, zugleich als Protokollführer

Als Gäste:

Personalratsvorsitzender Herr Bredehöft  
Herr Frandsen, Geschäftsführer der Elbe-Weser-Werkstätten gGmbH  
Herr Hempfling, Agentur für Arbeit, Stade  
Stellv. Personalratsvorsitzender Herr Maaß  
Herr Wozniak, Agentur für Arbeit, Bremerhaven

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete Frau Rischbieter, Cuxhaven  
Kreistagsabgeordneter Robbert, Cuxhaven  
Kreistagsabgeordnete Frau Spiess, Cuxhaven

Frau Anne Dieckmann, Sethlerhemmer Str. 34, 21745 Hemmoor  
Herr Peter Kuhlmann, Am Steinkamp 7, 27616 Beverstedt  
Frau Regina Urban, Dingener Str. 11, 27607 Langen-Imsum

**Punkt 1: Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 14.00 Uhr, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsmäßige Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**1.1: Erweiterung der Tagesordnung**

Die Vorsitzende trug vor, dass die SPD-Fraktion einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt „Gleichstellungsbeauftragte“ behandeln wolle. Die derzeitige Sachlage, dass die Verwaltung beabsichtige, für diese Funktion nur noch eine Halbtagsstelle zur Verfügung zu stellen, sei bei den Haushaltsplanberatungen nicht ersichtlich gewesen. Für diesen Sachverhalt sei der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung der zuständige Fachausschuss. Sie bat, diesen Punkt als Tagesordnungspunkt 4 einzufügen. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Der Ausschusses für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung beschloss einstimmig:

Die Tagesordnung wird um folgenden Tagesordnungspunkt erweitert:

4 Besetzung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten beim Landkreis Cuxhaven

Die bisherigen Tagesordnungspunkte 4-7 erhalten die Ordnungsziffern 5-8.

**Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die sechzehnte öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung am 07.12.2004**

Die Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die vorliegende Niederschrift.

Der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung beschloss einstimmig:

Die Niederschrift über die sechzehnte öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung am 07.12.2004 wird genehmigt.

**Punkt 3: Angebote für behinderte Menschen aus dem Landkreis Cuxhaven;  
hier: Eingliederungshilfen durch die Elbe-Weser-Werkstätten gGmbH, Bremerhaven  
Vorstellung der Einrichtung und Besichtigung einiger Werkstätten  
Sitzungsvorlage Nr. 24/2005**

Die Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 3 der Tagesordnung.

Herr Frandsen freute sich, dem Ausschuss die Elbe-Weser-Werkstätten gGmbH und deren Angebote darstellen zu können. Einzugsbereich der EWW seien die Bereiche Wesermünde und Bremerhaven. Zielsetzung sei es, den behinderten Menschen ein selbst bestimmtes Leben und die Teilhabe an deren Umfeld zu ermöglichen. Im Anschluss daran wurde die Einrichtung mittels einer Power-Point-Präsentation und einer Führung durch die Produktionsstätten näher vorgestellt. Die Abgeordneten erhielten entsprechendes Informationsmaterial.

Die Vorsitzende sprach im Namen des Ausschusses Dank und Anerkennung für die Tätigkeit der Elbe-Weser-Werkstätten aus.

**Punkt 4: Besetzung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten beim Landkreis Cuxhaven**

Die Vorsitzende wies nochmals darauf hin, dass in den vergangenen Haushaltsberatungen nicht erkennbar gewesen sei, dass die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten reduziert werden solle. Auch der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung sei mit dieser Thematik bislang nicht befasst gewesen.

Vor dem Hintergrund dessen, dass sie sich bereits in der Vergangenheit gefragt habe, wie das, was Frau Mahler bisher geschaffen habe, in der regulären Arbeitszeit zu schaffen gewesen sei, sowie der Tatsache, dass auch in den Gemeinden diese Positionen gestrichen bzw. in die Ehrenamtlichkeit überführt werden, würde eine Stundenreduzierung einen Rückschritt in der gesamten Gleichstellungsaufgabe aber auch z.B. im Mentoring-Programm oder im Netzwerk bedeuten. Dieses halte sie für unverantwortlich.

Abg. Peters bemerkte, dass die jetzige Vorlage zur Sitzung des Kreisausschusses noch nicht ausreichend beraten worden sei und er somit den Antrag auf Zurückverweisung in die Fraktionen stelle. Er weise aber auch darauf hin, dass zukünftig ein Kommunalranking durchgeführt werden solle und geprüft werden müsse, welche Aufgabenwahrnehmung in welchem Umfange erforderlich sei. Im Zuge der gebotenen Haushaltskonsolidierung müsse daher irgendwo angefangen werden.

Frauenbeauftragte Frau Mahler wies auf eine zusätzliche Aufgabe für den Landkreis Cuxhaven im Rahmen der Änderung der Niedersächsischen Landkreisordnung hin, wonach innerhalb von drei Jahren ein Bericht über das Thema „Arbeit und Familie“ zu erarbeiten und dem zuständigen Landesministerium zuzuleiten sei.

Nach weiterer Diskussion, an der sich die Abg. Demuth, Martens, Steinau und Frau Tecker beteiligten, verlas die Vorsitzende nachfolgenden Antrag der SPD-Fraktion: Die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten beim Landkreis Cuxhaven werde als Vollzeitstelle nach der Vergütungsgruppe IV a BAT ausgewiesen und besetzt. Die vakant werdende Stelle der Gleichstellungsbeauftragten wird dementsprechend intern und öffentlich unverzüglich ausgeschrieben.

Da dieses der weitreichendere Antrag sei, stellte sie diesen zuerst zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung beschloss mehrheitlich:

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Ausschreibung und Besetzung einer Vollzeitstelle nach der Vergütungsgruppe IV a der Gleichstellungsbeauftragten wird abgelehnt.

Danach ließ die Vorsitzende über den Antrag des Kreistagsabgeordneten Peters abstimmen.

Der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung beschloss einstimmig:

Inhaltlich wird der Sitzungsvorlage 26/2005 „Besetzung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten beim Landkreis Cuxhaven“ für die nächste Sitzung des Kreisausschusses derzeit nicht zugestimmt. Der Sachverhalt wird zur weiteren Beratung in die Fraktionen zurückverwiesen.

Die Vorsitzende dankte Frau Mahler im Namen aller Fraktionen für die geleistete Arbeit und wünsche dieser alles Gute für die Zukunft.

Frauenbeauftragte Frau Mahler dankte dem Ausschuss für die gute Zusammenarbeit.

**Punkt 5: Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages gemäß §§ 53 ff. SGB X über die Gründung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft gemäß § 44 b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)  
Sitzungsvorlage Nr. 25/2005**

Die Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 5 der Tagesordnung.

KR'in Jahns führte aus, dass es gelungen sei, die Leistungsgewährung mit Beginn des Jahres sicherzustellen und die in 2004 vorhandenen Qualifizierungs- und Fördermaßnahmen auch in 2005 anbieten zu können. Nun sei die Arbeitsfähigkeit der Arbeitsgemeinschaft herzustellen. Grundlage hierfür sei der vorliegende Entwurf eines öffentlich-rechtlichen Vertrages, Mitte Februar unterzeichnet werden solle. Hierzu sei zu sagen, dass die Zusammenarbeit mit den Agenturen für Arbeit Bremerhaven und Stade sehr gut gelaufen sei.

Die Rechtsform einer Anstalt sei auch auf Wunsch der Bundesagentur für Arbeit nicht gewählt worden. Der voraussichtliche Arbeitsbeginn der Arbeitsgemeinschaft soll der 01.06.2005 sein. Probleme gebe es derzeit noch bei den räumlichen Voraussetzungen. Der Vertrag binde die Vertragsparteien unter Aufnahme entsprechender Kündigungsregelungen bis Ende 2010.

Herr Hempfling, der für beide Agenturen für Arbeit sprach, brachte seinen Dank an Frau KR'in Jahns für die bisherige gute Zusammenarbeit zum Ausdruck. Es sei von Anfang an ein Einigungswille vorhanden gewesen. Die Agenturen hoffen nun, dass gute Voraussetzungen für die Arbeitsgemeinschaft geschaffen worden seien. Mit einem öffentlich-rechtlichen Vertrag befinde man sich auf der sicheren Seite. Für mögliche Unzulänglichkeiten sei eine salvatorische Klausel aufgenommen worden. Hinsichtlich der Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft seien diese platziert. Es stelle sich nun noch die Frage nach der Geschäftsführung und ggf. der Besetzung einzelner Teamleiterpositionen.

Abg. Peters bat um Auskunft, ob die zukünftigen Bescheide der Arbeitsgemeinschaft rechtskräftig sein werden, da in dem Namen der Arbeitsgemeinschaft weder die Agentur für Arbeit noch der Landkreis Cuxhaven genannt werde.

Abg. Frau Tecker bat um Auskunft darüber, ob die Gemeinden das Personal in die Arbeitsgemeinschaft abgegeben haben, welches vorgesehen gewesen sei.

KR'in Jahns antwortete, dass in dem Kopfbogen deutlich gemacht werde, dass hinter der Arbeitsgemeinschaft die Agenturen für Arbeit und der Landkreis Cuxhaven stünden. Die Personalfragen seien unter großem Einsatz der Gemeinden und der jeweiligen Personalräte gelöst worden.

Abg. Martens bat um Auskunft darüber, wer wie viel Personal stellt.

KAng. Minnermann erläuterte, dass derzeitig von 7.200 Bedarfsgemeinschaften ausgegangen werden muss. Dieses bedeute bei der Bearbeitung der Kosten der Unterkunft (KDU), dass bei angenommenen 300 Fällen pro Sachbearbeiter/in 24 Personen durch den Landkreis Cuxhaven gestellt würden. Darüber hinaus werden seitens des Landkreises noch einige weitere Personen in die Arbeitsgemeinschaft eingebracht, für die der Landkreis Cuxhaven eine entsprechende Erstattung seitens der Bundesagentur erhalte. Sollten sich Veränderungen bei den Fallzahlen ergeben, sei das Personal durch den Landkreis Cuxhaven ggf. aufzustocken.

KR'in Jahns ergänzte, dass es keine feste Quote gebe, wie viel Personal von wem einzubringen sei. Derzeitig werde davon ausgegangen, dass rd. 130 Personen in der Arbeitsgemeinschaft tätig sein werden. Die ehemaligen Mitarbeiter/innen der Gemeinden werden zukünftig in den Stellenplan des Landkreises Cuxhaven aufgenommen werden müssen.

Abg. Berghorn wies darauf hin, dass - wie schon in der Vergangenheit seitens des Ausschusses gewünscht - die Antragstellerin/der Antragsteller die für ihn am günstigsten gelegene Geschäftsstelle aufsuchen könne.

Abg. Steinau ergänzte diesen Wunsch dahingehend, dass dieses auch für den Arbeitsbereich der Bundesagentur gelten solle.

Herr Wozniak bestätigte, dass die Agenturen die Wählbarkeit der Geschäftsstelle anstreben. Zurzeit gebe es noch unterschiedliche EDV-Systeme. Diesem Umstand werde in der Anfangsphase noch Rechnung getragen werden müssen. Später sei eine einheitliche Arbeitsweise vorgesehen, die dann eine freie Wahl der Geschäftsstelle ermögliche.

Die Vorsitzende betonte für den Ausschuss daher nochmals, dass die zuvor angesprochene flexible Wahl der örtlich günstigeren Geschäftsstelle gegeben sein müsse.

Abg. Steinau vermisse in § 4 die Einbindung von Wirtschafts- und Arbeitnehmervertretungen. Andere Arbeitsgemeinschaften haben teilweise einen Beirat gebildet, um entsprechende Interessenverbände einzubinden. Er wünsche sich auch einen solchen Beirat für die Arbeitsgemeinschaft im Landkreis Cuxhaven.

KR'in Jahns führte aus, dass die genannten Organisationen über die Ausschüsse der Bundesagentur als auch über den Sozialausschuss eingebunden sein werden.

Herr Hempfling teilte mit, dass über den Bereich der Arbeitsgelegenheiten die Arbeitgeberverbände eingeschaltet seien. Generell hätte er gerne zukünftig eine Vereinbarung darüber, was Handwerkerangelegenheit sei bzw. was Aufgabe z.B. des Bauhofes sein könne. Als Beispiel für eine gute Abstimmung nannte er die Renovierung der Hapag-Hallen in Cuxhaven.

Abg. Berghorn unterstrich auch aus seiner Sicht die Notwendigkeit, die Belange des Handwerks und der Wirtschaft zu berücksichtigen. Laufende Gespräche sollten ggf. vertieft und entsprechende Regelungen evtl. in zukünftige Vereinbarungen aufgenommen werden.

Abg. Steinau wolle unabhängig von den Handlungsweisen der Vertragspartner eine entsprechende Beteiligung der Verbände im Vertrag haben.

Abg. Peters unterstrich ebenfalls diesen Wunsch und sprach sich für die Aufnahme eines entsprechenden Passus dahingehend aus, dass mindestens einmal im Jahr Absprachen mit Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Wirtschaftsverbänden stattfinden müssen.

Hinsichtlich der Trägerversammlung habe er die Vermutung, dass die vom Landkreis zu entsendenden Personen Verwaltungsvertreter sein sollen. Dieses könne sich auch daraus ergeben, dass in § 5 Abs. 13 keine Aufwandsentschädigung vorgesehen sei. Nach weiterer Diskussion zu diesem Sachverhalt einigte sich der Ausschuss darauf, dass eine Auslagenerstattung entsprechend der Aufwandsentschädigungssatzung des Landkreises Cuxhaven aufgenommen werde.

Herr Hempfling wies darauf hin, dass diese aus Geldern der Arbeitsgemeinschaft zu zahlen wäre. Jedoch könne er sich eine Einigung über die Aufnahme dieser Auslagenerstattung als im Bereich des Möglichen vorstellen.

Abg. Steinau bat unter Berufung auf die §§ 9, 13 und 16 um eine pauschale Bestätigung darüber, dass keine Kosten der Bundesagentur für Arbeit auf den Landkreis Cuxhaven übergehen.

KR'in Jahns bestätigte dieses und verwies darauf, dass dieses ein Prinzip dieses Vertrages sei.

Die Vorsitzende gab hinsichtlich der Regelungen des § 9 den anwesenden Personalratsmitgliedern Gelegenheit zur Stellungnahme.

Personalratsvorsitzender Bredenhöft führte aus, dass die Arbeitsgemeinschaft kein eigenes Personal haben werde. Für den Personalrat sei es daher besonders interessant, wie der Personalübergang geregelt sei. Wunsch des Personalrates sei es, für den Landkreis Cuxhaven eine entsprechende Dienstvereinbarung hierüber zu schließen. Dieses haben andere Kommunen zum Teil bereits vollzogen. Die Verhandlungen mit der Dienststelle diesbezüglich seien noch nicht zur Zufriedenheit des Personalrates gelaufen. Wann eine Zustimmung des Personalrates zu einer Abordnung gegeben werden könne, bleibe daher im Detail zu regeln.

Die Vorsitzende brachte ihre Hoffnung auf Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung zum Ausdruck. Dieses auch vor dem Hintergrund, dass die Personalfrage im Hinblick auf die Motivation der Mitarbeiter/innen entscheidend sei.

Die Vorsitzende dankte den Vertretern der Agenturen für Arbeit Bremerhaven und Stade sowie Frau KR'in Jahns für die bisherige geleistete Arbeit und Beratung.

Der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung beschloss einstimmig:

Der im Entwurf vorliegende öffentlich-rechtliche Vertrag gemäß §§ 53 ff. SGB X über die Gründung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft gemäß § 44 b SGB II zwischen der Bundesagentur für Arbeit, vertreten durch die Agenturen für Arbeit Bremerhaven und Stade, und dem Landkreis Cuxhaven wird mit nachfolgenden Änderungen geschlossen.

1. § 2 Abs. 2 lautet wie folgt:  
Neben der Hauptstelle in Cuxhaven werden Außenstellen in Hemmoor, Otterndorf und Bremerhaven mit Sprechstunden in Bad Bederkesa, Dorum, Hagen und Beverstedt eingerichtet.
2. § 5 Abs. 13 lautet wie folgt:  
Die Mitglieder der Trägerversammlung erhalten grundsätzlich keine Aufwandsentschädigung. Soweit Abgeordnete des Kreistages des Landkreises Cuxhaven in die Trägerversammlung entsandt werden, erhalten diese von der Arbeitsgemeinschaft entsprechend der Regelungen über Auslagenerstattung nach den §§ 5 und 6 der Aufwandsentschädigungssatzung des Landkreises Cuxhaven eine Aufwandsentschädigung.
3. § 7 wird erweitert um den Absatz 5 mit folgendem Wortlaut:  
"Der Geschäftsführer informiert mindestens einmal im Jahr die an der lokalen Arbeits- und Sozialpolitik beteiligten Gruppen über die Erbrin-

gung von Leistungen zur Eingliederung in die Arbeit im Rahmen von § 16 SGB II.“

**Punkt 6: Erste Zahlen über die vom SGB II betroffenen Bedarfsgemeinschaften im Landkreis Cuxhaven**

KR'in Jahns erinnerte daran, dass schon in Vergangenheit von rd. 7.000 Bedarfsgemeinschaften mit steigender Tendenz ausgegangen worden sei. Derzeit liege die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften bei etwas über 8.000. Eine regelmäßige Fortschreibung und Analyse der Fallzahlen werde stattfinden. Hinsichtlich der Kosten kaffe derzeit eine Zahlungslücke, die u.a. daraus resultiere, dass sich die Zuschüsse des Landes stark reduziert haben. Sollte eine ausreichende finanzielle Ausstattung nicht gewährleistet sein, müsse ggf. auf die Revisionsklausel zurückgegriffen werden, damit eine „schwarze Null“ gehalten werden könne.

Herr Wozniak berichtete, dass alle Anträge beschieden worden seien. Hinsichtlich der Auszahlung gab es bei rd. 1000 Fällen Probleme, in denen eine entsprechende Zahlung jedoch kurzfristig nachgeholt werden konnte.

Abg. Peters teilte mit, dass nach Auskunft des Niedersächsischen Landkreistages rd. 70 % aller Bescheide im Landesdurchschnitt fehlerhaft seien.

Herr Wozniak führte aus, dass Fehler als solche nur relativ betrachtet werden können und diese unterschiedliche Ursachen haben. Für den Bereich des Landkreises Cuxhaven seien in seinem Bereich 180 Widersprüche eingegangen, welche mehrheitlich die Kosten der Unterkunft betrafen. 70 % Fehlerquote halte er für sehr hoch gegriffen. Er gehe von einer Fehlerquote von unter 15 % aus.

Der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung nahm Kenntnis.

**Punkt 7: Mitteilungen und Anfragen**

Die Vorsitzende wünsche sich, nachdem der Ausschuss im vergangenen Jahr die Situation der behinderten Menschen beleuchtet habe, in der nächsten Zeit die Lage der älteren Menschen im Landkreis Cuxhaven zu betrachten. Diese Betrachtung solle sich u.a. auf die Bereiche Wohnen, Versorgung und Mobilität beziehen und darauf, was der Landkreis aus seiner Zuständigkeit heraus tun kann bzw. muss.

**Punkt 8: Einwohnerfragestunde**

Einwohnerfragen wurden nicht vorgetragen.

Die Vorsitzende schloss um 17.20 Uhr die Sitzung.

Jahns  
Kreisrätin

Otremba  
Kreisangestellter  
als Protokollführer